

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XIX
Bibliographische Hinweise	XXIII

I. „Staat“ und „Verfassung“ als geschichtliche Phänomene

1

§ 1. Die Entstehung des modernen Staates im europäischen Absolutismus .	1
§ 2. Der Beitrag von Naturwissenschaften und Technik	4
§ 3. Der Staat in Aufklärung und Frühliberalismus	5
§ 4. Der Beitrag der „Großen Revolutionen“	7
§ 5. Der totalitäre Staat	8
§ 6. Der expansive Staatsinterventionismus an den Grenzen des Wachstums	10
§ 7. Die Weiterentwicklung des Verfassungsstaates zum Umwelt- oder Naturstaat	11
§ 8. Die Relativierung der staatlichen Souveränität und Aufgliederung der Staatlichkeit	14
§ 9. Ergebnisse	16

II. Allgemeine Staatslehre und Verfassungslehre als Wissenschaften ..

19

§ 10. Staats- und Rechtsphilosophie	19
§ 11. Empirische Staatswissenschaften	21
§ 12. Die Methode der Allgemeinen Staatslehre	23
§ 13. Verfassungslehre als Wissenschaft	26
a) Begriff und Arten der Staatsverfassung	26
b) Die Unterscheidung zwischen empirischen und normativen Verfassungslehren	27
c) Europäische Verfassungslehre	29

III. Staat oder Gemeinwesen: das Problem der Einheit des Staates und der Verfassung

31

§ 14. Die klassischen Einheitsvorstellungen des Staates und der Verfassung .	31
a) Die Organismustheorie	31
b) Soziologische, ökonomische und kulturwissenschaftliche Einheitsvorstellungen	32
c) Juristische Einheitsvorstellungen	33
d) Politische Einheitsvorstellungen	34
e) Bündische Einheitsvorstellungen	35
§ 15. Auflösungstendenzen der Einheitlichkeit des Staates und der Verfassung	36
a) Innerstaatliche Gliederungen	36
b) Staat und Gesellschaft	37
c) Internationale und supranationale Organisationen	37

§ 16.	Das Konzept des „Gemeinwesens“ als neue Einheit der öffentlichen Aufgabenerfüllung	38
	a) Kompetenzverteilung und Kompetenztheorie	39
	b) Komplementarität und Vernetzung	40
	c) Das Problem der „Gesamtverfassung“ des Gemeinwesens	41
	d) Das Konzept der „Weltrepublik“	43
IV.	Völker und Volksgruppen als Grundlagen staatlicher Organisation	45
§ 17.	Die Begriffe „Volk“ („Nation“) und „Volksgruppe“	45
	a) Volk und Nation als politische Begriffe	45
	b) „Volk“ und „Volksgruppe“ als Rechtsbegriffe	48
	c) Die Merkmale der Identität von „Volk“ und „Volksgruppe“	49
§ 18.	Das Selbstbestimmungsrecht der Völker	52
	a) Die ursprüngliche Idee und ihre Perversion in der UNO-Praxis	52
	b) Das „äußere“ Selbstbestimmungsrecht	54
	c) Das „innere“ Selbstbestimmungsrecht	56
	d) Das Recht der wirtschaftlichen Selbstbestimmung	57
	e) Das Recht auf Heimat	58
§ 19.	Der rechtliche Schutz von Völkern und Volksgruppen	59
	a) Der Nationalstaat	59
	b) Der Mehrvölker-(Mehrsprachen-)staat als Bundesstaat	60
	c) Territorialautonomie – Ethnischer Regionalismus	61
	d) Ethnische Personalautonomie – Minderheitsorganisationen	63
§ 20.	Individuelle Rechte ethnischer, religiöser und sprachlicher Minderheitsangehöriger	65
	a) Die zwei Typen von Minderheitsrechten	65
	b) Die fünf wichtigsten Arten von Schutzrechten der Minderheiten	65
	c) Die zwei Prinzipien der Identifizierung und Unterscheidung von Volks- und Sprachminderheiten	67
V.	Die Unterscheidung von Gesellschaft und Staat	69
A.	Allgemeine Grundlagen	69
§ 21.	Wandel und Konstanz des Problems	69
§ 22.	Die theoretische Grundlage: Der Gesellschaftsvertrag	70
	a) Der neuzeitliche Gesellschaftsvertrag	70
	b) Moderne Neukonzeptionen des Gesellschaftsvertrages	72
§ 23.	Die Trennung von Staat und Gesellschaft im politischen Liberalismus	73
	a) Die politisch-ökonomische Situation des 19. Jahrhunderts	73
	b) Die Gesellschaft als Selbstregulierungssystem	75
	c) Strukturkrisen und Wandel der technisierten Industriegesellschaft	77
§ 24.	Die Gesellschaft als Raum pluralistischer Interessen und Gruppen	79
	a) Die immanente Vermachtung der Gesellschaft	79
	b) Die Gesellschaft als Raum des Pluralismus	80
	c) Die organisierte Gesellschaft	81
B.	Die politischen Parteien	82
§ 25.	Wesen und Funktionen der politischen Parteien	82
	a) Die Organisation	82
	b) Das Parteiprogramm	83
	c) Beteiligung an der politischen Willensbildung	84

§ 26.	Die rechtliche Ordnung der Parteien	85
	a) Privat- oder öffentlichrechtliche Organisation	85
	b) Gegenstände einer rechtlichen Regelung der Parteien	86
§ 27.	Staatliche Parteifinanzierung und Parteiförderung	87
	a) Allgemeine Erwägungen	87
	b) Basisfinanzierung	87
	c) Unterstützung der „politischen Bildung“	87
	d) Unterstützung der Parteipresse	88
	e) Unterstützung der Klubs und Abgeordneten	88
	f) Steuerbegünstigungen	88
	g) Subventionen und öffentliche Aufträge	88
	h) Öffentliche Rundfunk-(Fernseh-)anstalten	89
	i) Regierungspartei-Bonus	89
§ 28.	Das Parteienverbot	89
	a) „Wehrhafte“ oder „neutrale“ Demokratie	89
	b) Zulassungsbeschränkungen politischer Parteien	91
§ 29.	Überlagerung verfassungsstaatlicher Prinzipien in der Parteiendemokratie	91
	a) Überlagerung der Gewaltenteilung	92
	b) Politisierung der Verwaltung	93
	c) Verpolitisierung des öffentlichen Lebens	94
	d) Der Parteienstaat als Verfassungsstaat	95
C.	Verbände und Wirtschaftsunternehmen	95
§ 30.	Die reinen Typen der Verbands- und Wirtschaftsorganisation	96
	a) Die öffentlichrechtliche Organisation (Korporativverfassung)	96
	b) Die privatrechtliche Organisation (Assoziationsverfassung)	96
	c) Das Gesamtwirtschaftssystem	96
§ 31.	Die gemischte Verbands- und Wirtschaftsordnung	97
	a) Öffentliche Unternehmen	97
	b) Genossenschaften und gemeinnützige Unternehmen	98
	c) „Beleihung“ und „Beauftragung“	98
	d) Sozialautonomie	98
	e) Sozial-(Wirtschafts-)partnerschaft	99
§ 32.	Formen und Verfahren des Einflusses der Verbände auf den Staat	99
	a) Verbände und Gesetzgebung	99
	b) Verbände und Verwaltung	100
	c) Verbände und Gerichtsbarkeit	101
§ 33.	Demokratie und „Herrschaft der Verbände“	102
§ 34.	Staat und Unternehmen	103
	a) Die neuartige öffentliche Dimension des Unternehmens	103
	b) Das klassische dualistische Konzept	106
	c) Das Konzept einer öffentlichen Unternehmensverantwortung	107
	d) Das Modell des ökonomischen Gleichgewichtsstaates	108
VI.	Die Ziele und Aufgaben des Staates (Staatszwecklehre)	111
§ 35.	Normative oder funktionelle Festlegung der Staatsaufgaben?	111
§ 36.	Philosophische Begründungen von Staatszielen	113
	a) Eudemonistisch-utilitaristische Staatsziele	114
	b) Ethische Staatsziele	114
	c) Freiheit und Rechtssicherheit	115
	d) Der ethisch-funktionale Ansatz von Saladin	115

§ 37.	Typologische Staatszwecke	116
a)	Friedenssicherung	117
b)	Wirtschaftslenkung und Sozialgestaltung	117
c)	Technische Entwicklung und Umweltgestaltung	118
d)	Kulturzwecke	118
e)	Imperialistische Staatsziele	119
§ 38.	Die Aufgabenerfüllung („Implementation“)	119
a)	Neuartige Organisationsformen	120
b)	Neuartige Verfahrensformen	121
c)	Das neuartige „Controlling“	122
d)	Implementationsforschung	122
§ 39.	Der Staat als Institution	123
a)	Das Wesen der Institution	123
b)	Der Staat als Institution	123
c)	Die Konsequenzen der institutionellen Betrachtungsweise	124
VII.	Die Lehre von der Staatsgewalt	127
§ 40.	Die klassische Definition der Staatsgewalt	127
§ 41.	Die Staatsgewalt als körperliche Zwangsgewalt	128
a)	Gewaltmonopol und Rechtsstaat	128
b)	Die „Entwaffnung“ der Gesellschaft	129
c)	Die Zwangsgewalt als Motivation	129
d)	Der Abbau staatlicher Zwangsgewalt	130
§ 42.	Die Staatsgewalt im Wohlfahrtsstaat	131
a)	Der Staat als „Protektor“	131
b)	Der Staat als Umverteiler	132
§ 43.	Die Staatsgewalt als Wirtschafts- und Kooperationsfunktion	134
a)	Der Staat als Wirtschaftstreibender	134
b)	Aufsicht und Lenkung der Wirtschaft	135
c)	Der Staat als Partner und Mediator	136
§ 44.	Der Informations- und Erziehungsstaat	137
a)	Information und Herstellung der Öffentlichkeit	137
b)	Staatliche Öffentlichkeitsarbeit	138
c)	Die gesellschaftliche Rückkoppelung staatlicher Normen und Leitbilder	139
d)	Staat und Erziehungssystem	139
§ 45.	Autorität und Legitimität der Staatsgewalt	140
a)	Der Begriff „Autorität“	140
b)	Der Begriff „Legitimität“	141
c)	Basis von Autorität und Konsens in der Demokratie	142
§ 46.	Die Schranken der Staatsgewalt	144
a)	Die Schranken der körperlichen Zwangsgewalt	144
b)	Die Schranken des Wohlfahrtsstaates	145
c)	Die Schranken der geistigen Staatsbeeinflussung (Autorität)	148
d)	Das Maß der Schranken der Staatsgewalt	149
VIII.	Die Organisation des Staates	151
§ 47.	Die historische Entwicklung der Staatsorganisation	151
a)	Die Verbindung mit vorabsolutistischen Denkformen und Einrichtungen	151

b)	Die Verbindung zum mechanistischen Denken	152
c)	Die Staatsorganisation als das „Innere“ des Staates	152
d)	Verfassung als Organisationsgrundlage	153
e)	Die zunehmende Dezentralisation des Staates	153
§ 48.	Die zwei Grundtypen der Organisation: Hierarchie und Genossenschaft	154
§ 49.	Entwicklung und Formen der Hierarchie	154
a)	Katholische Kirche und Absolutismus	154
b)	Hierarchie und Rationalismus	155
c)	Hierarchie als Bürokratie	155
d)	Hierarchie als Treue- und Gefolgschaftsprinzip	156
§ 50.	Heutige Formen des hierarchischen Prinzips	156
a)	Rechtliche Über- und Unterordnung	156
b)	Persönliche Abhängigkeiten	157
c)	Funktionale Abhängigkeiten	157
d)	Moderne Führungsmethoden („Management“)	158
e)	Hierarchie durch Planung und Plandurchsetzung	159
§ 51.	Die Gefahren der Hierarchie	159
a)	Der Mißbrauch der Macht	160
b)	Der Gegensatz zur Demokratie	160
c)	Mangelnde Effizienz	160
§ 52.	Entwicklung und Formen der Genossenschaft	161
a)	Die „altfreien“ Wurzeln und städtischen Autonomien	161
b)	Die ständische Verfassung	162
c)	Das „genossenschaftliche“ Völkerrecht	162
d)	Die Wiederbelebung der Genossenschaft im Liberalismus	163
e)	Die typischen Elemente des genossenschaftlichen Prinzips	163
§ 53.	Die politischen Systeme der Staatsorganisation (Die Staatsformen)	164
a)	Die drei „klassischen“ Staatsformen und ihre Entartungserscheinungen	165
b)	Die Unterscheidung „Monarchie“ und „Republik“	166
c)	Diktaturen, autoritäre und totalitäre Regime	167
d)	Moderne Formen der Oligarchie	168
IX.	Die Systemgrundsätze der freiheitlichen Demokratie	171
§ 54.	Das Prinzip der Volkssouveränität	171
a)	Volkssouveränität als normative Leitvorstellung	171
b)	Die reale Volksherrschaft	173
§ 55.	Demokratie als Verfassungsstaat	173
a)	Die geschriebene Verfassung als Symbol der politischen Freiheit . . .	173
b)	Die rechtsstaatliche Demokratie	174
c)	Die organisatorische Entfaltung	175
§ 56.	Die vier demokratischen Entscheidungstechniken	175
a)	Die Bestimmung durch das Los	175
b)	Das Mehrheitsprinzip	175
c)	Das Verhältnismäßigkeitsprinzip („Proporzsystem“)	176
d)	Das Einstimmigkeitsprinzip (Konkordanzdemokratie)	177
§ 57.	Die unmittelbare Demokratie	177
a)	Die klassischen Formen	177
b)	Die modernen Formen der unmittelbaren Bürgerherrschaft und Bürgerbeteiligung	179

§ 58.	Das Repräsentativsystem	181
	a) Die leitenden Ideen	181
	b) Die drei Ebenen der Repräsentation	182
	c) Die „mandatische“ Repräsentation	183
	d) Die beiden Hauptströmungen des Repräsentationsdenkens	183
	e) Die fundamental-demokratische Kritik am Repräsentationssystem	185
§ 59.	Das Rätssystem	187
	a) Stufenweise Organisation	187
	b) Gewaltenfusion	188
	c) Imperatives Mandat und Abwählbarkeit	188
	d) Ablehnung der politischen Parteien	188
	e) Totalitäre Grundstruktur	188
§ 60.	Zentralisierte oder gegliederte Demokratie	189
	a) Die zentralisierte Demokratie	189
	b) Die gegliederte Demokratie	190
	c) Der Korporativismus (Ständestaat)	191
X.	Parlament und Demokratie	193
§ 61.	Historische Entwicklung	193
§ 62.	Grundsätze, Systeme und Funktionen demokratischer Wahl	194
	a) Demokratische Wahlgrundsätze	194
	b) Die Wahlsysteme	195
	c) Die Grundfunktionen der Wahl	198
	d) Die Manipulation der Wahl	198
§ 63.	Das Zwei-Kammer-System	200
	a) Oberhaus („Senat“)	200
	b) Länderkammer („Bundesrat“)	200
	c) Wirtschafts- und Sozialrat	201
§ 64.	Die innere Struktur der Parlamente	201
	a) Gesetzgebungs- und Tagungsperioden	202
	b) Geschäftsführung	202
	c) Plenum – Ausschüsse	202
	d) Klubs, Fraktionen	203
	e) Parlamentarische Immunität	203
	f) Personalstruktur der heutigen Parlamente	204
§ 65.	Funktionen des Parlaments	204
	a) Die Repräsentationsfunktion	204
	b) Die Funktion „Gesetzgebung“	205
	c) Funktionen der Mitwirkung und Kontrolle gegenüber der Regierung	208
XI.	Demokratische Regierung und Verwaltung	213
§ 66.	Regierung und Verwaltung	213
	a) Die Abgrenzung als Problem	213
	b) Die organisatorische Verknüpfung	214
§ 67.	Organisation und Funktionen der Regierung	215
	a) Organisation	215
	b) Funktionen	217
§ 68.	Funktionen und Handlungsformen der Verwaltung	221
	a) Das Problem der inhaltlichen Verwaltungsdefinition	221
	b) Die wichtigsten Aufgabenbereiche (Übersicht)	221
	c) Die Handlungsformen der Verwaltung	222

§ 69.	Die „Demokratisierung der Verwaltung“	222
a)	Das Kelsen/Merkel-Konzept	222
b)	Wahl der Verwaltungsorgane	223
c)	Selbstverwaltung	223
d)	Mitwirkung der Bürger (Partizipation) und kritische Öffentlichkeit	223
e)	Beiräte und Kollegialbehörden	225
f)	Verbindung von Parlament und Verwaltung	225
g)	Demokratisierung des Militärs	226
XII.	Die Gerichtsbarkeit im demokratischen Verfassungsstaat	229
§ 70.	Gerichtsbarkeit und Gewaltenteilung	229
a)	Die historische Entwicklung	229
b)	Die richterliche Unabhängigkeit	230
c)	Die richterlichen Aufgaben	231
§ 71.	Demokratische Elemente in der Justiz	233
a)	Die Wahl der Richter	233
b)	Die Mitwirkung des Volkes an der Justiz	234
c)	Demokratisch-rechtsstaatliche Verfahrensgarantien	235
§ 72.	Die Verfassungsgerichtsbarkeit	238
a)	Verfassungsgerichtsbarkeit als Funktion der ordentlichen Gerichte	238
b)	Verfassungsrechtsprechung durch Parlamente und Parlamentsorgane	239
c)	Verfassungsrechtsprechung durch besondere Gerichte	240
d)	Funktionen der Verfassungsgerichtsbarkeit	241
§ 73.	Die Verwaltungsgerichtsbarkeit	242
a)	Organisationsformen	243
b)	Funktionen der Verwaltungsgerichtsbarkeit	244
c)	Gerichtsförmige Verwaltungsrechtspflege	245
XIII.	Naturrecht – Widerstandsrecht – Menschenrechte	247
§ 74.	Das Naturrecht	247
a)	Das Naturrecht als kritischer Maßstab des positiven Rechts	247
b)	Die drei Begründungsweisen von Naturrecht	248
c)	Funktionen des Naturrechts	250
§ 75.	Theorie des Widerstandesrechtes	253
a)	Die historische Ausformung des Widerstandsrechts	253
b)	Das Widerstandsrecht in der rechtsstaatlichen Demokratie	255
§ 76.	Begrenzte Formen legalisierten Widerstandes im Rechtsstaat	257
a)	Umfunktionierung von Rechtsschutzverfahren	257
b)	Befehls(Weisungs)verweigerung	258
c)	Die „absolute Nichtigkeit“ von Staatsakten	258
d)	Grundrechtsgebrauch	258
§ 77.	Die geistesgeschichtlichen Wurzeln der Menschenrechte	260
a)	Der antike Humanismus	260
b)	Die christliche Lehre von der Befreiung des Menschen	260
c)	Das germanische Rechtsdenken	261
d)	Menschenrechte als Naturrecht	262
§ 78.	Die Entstehung der Menschenrechte aus Aufklärung und Liberalismus	262
a)	Menschenrechte als Ergebnis des juristischen Prozesses	262
b)	Menschenrechte als politisches Programm	263

§ 79.	Die Kodifikation der Menschenrechte als „verfassungsgesetzlich gewährleistete Rechte“	264
a)	Von der „Gewähr“ zur Gewährleistung	264
b)	Der liberal-bürgerliche Grundzug der Rechte	265
c)	Staatliche Ordnungs- und Eingriffsvorbehalte	265
§ 80.	Die Idee der sozialen Grundrechte	267
a)	Die Kritik am liberalen Grundrechtsverständnis	267
b)	Begriff und typische Bereiche sozialer Grundrechte	267
c)	Rechtsprobleme der Verwirklichung	268
d)	Formen rechtlicher Gewährleistung und Durchsetzung	269
§ 81.	Die Idee von Eigenrechten der Natur und der künftigen Generationen	271
§ 82.	Der internationale Menschenrechtsschutz	273
a)	Humanitäre Völkerrechtspakte des 19. Jahrhunderts	274
b)	Der völkerrechtliche Minderheitenschutz	275
c)	Der Menschenrechtsschutz in der UNO	276
d)	Das Schutzsystem der KSZE (OSZE)	279
e)	Das Schutzsystem der Europäischen Menschenrechtskonvention	280
§ 83.	Die Wirklichkeit der Menschenrechte	282
a)	Widersprüche in der Menschenrechtspraxis	282
b)	Menschenrechte als Staatsziele	283
c)	Menschenrechte als Ansatz sozialer Selbstordnung (Solidarität)	284
d)	Menschenrechte als politisches Bewußtsein	285
XIV.	Föderalismus – Bundesstaat – Autonomie	287
§ 84.	Die theoretische und praktische Vielfalt des Föderalismus	287
a)	Die Wortbedeutung	288
b)	Die Ebenen des Föderalismus	288
c)	Der strukturelle Föderalismusbegriff	289
d)	Die Vielfalt föderalistischer Organisationsformen	290
§ 85.	Der Bundesstaat	291
a)	Abgrenzung vom Staatenbund („Konföderation“)	291
b)	Der klassische Bundesstaat	292
§ 86.	Die Bundesstaatstheorien	294
a)	Dualistische (Staatenstaats-)Theorien	294
b)	Die monistischen Bundesstaatstheorien	296
c)	Die dreigliedrigen Bundesstaatstheorien	296
§ 87.	Die institutionelle Grundstruktur des Bundesstaates	297
a)	Die Kompetenzverteilung	297
b)	Die Mitwirkung der Länder an der Gesetzgebung des Bundes und an der europäischen Integration	298
c)	Die bundesstaatliche Verwaltungsorganisation	299
d)	„Gemeinsame Organe“	300
§ 88.	Besondere Konfliktregeln im Bundesstaat	301
a)	Der Grundsatz der „wechselseitigen Rücksichtnahme“ (bundesstaatliche Treuepflicht)	301
b)	Die Bundesaufsicht	302
c)	Die Bundesexekution	303
§ 89.	Der kooperative Föderalismus	303
a)	Der Begriff	303
b)	Formen der Kooperation	304
c)	Negative Auswirkungen übersteigter Verflechtung	305

§ 90. Föderalismus und Autonomie 305

 a) Die Regionalautonomie 306

 b) Die Gemeindeautonomie 306

 c) Die Transnationale Zusammenarbeit von Regionen und Gemeinden 308

 d) Nichtterritoriale Selbstverwaltung und Selbstorganisation 308

§ 91. Der Europäische Regionalismus/Föderalismus 310

 a) Regionalismus als politische Bewegung 310

 b) Der Regionalismus/Föderalismus in der Europäischen Integration .. 312

Sachverzeichnis 317